

EINLEITUNG

Das Internet hat sich als Kommunikationsmedium fest in der Gesellschaft etabliert. Mit einem Verbreitungsgrad von mittlerweile mehr als 62 Prozent bei den über 14-jährigen Deutschen und einer durchschnittlichen Verweildauer der Internetnutzer von 118 Minuten pro Tag (van Eimeren/Frees 2007) stellt es ein neben Presse, Rundfunk und Fernsehen zunehmend bedeutsames Medium dar.¹

Der öffentliche politische Diskurs bleibt von dieser Entwicklung nicht unbeeindruckt. Auch wenn private E-Mails und abgeschottete Firmennetzwerke einen großen Anteil der Online-Kommunikation ausmachen, steht die öffentliche Kommunikation, wie sie paradigmatisch über das World Wide Web geführt wird, im Zentrum der Aufmerksamkeit und der Diskussionen um das (noch immer) neue Medium. Schon früh stellte sich in diesem Zusammenhang die Frage, welche Auswirkungen das Internet auf die politische Kommunikation und den politischen Diskurs hat (Gore 1994). Und obwohl die sozialwissenschaftliche Forschung diese Frage seit einigen Jahren mit stetig wachsendem Einsatz untersucht (vgl. Davis 1999; Chadwick 2006; Coleman 2007), zeichnet sich bislang keine eindeutige Antwort ab.

Die Forschung zu diesem Thema wird nicht allein aus einem genuin wissenschaftlichen Interesse betrieben. Mit der zunehmenden Nutzung des Internets für die öffentliche Kommunikation hat sich auch ein gesellschaftliches Interesse an der Förderung und aktiven Gestaltung von

1 Die vorliegende Arbeit wurde im Frühjahr 2008 abgeschlossen und gibt den zu dieser Zeit aktuellen Stand wieder. Eine Aktualisierung für diese Publikation konnte aus verfahrenstechnischen Gründen nicht erfolgen. Die Ergebnisse der Arbeit werden davon in ihrer Substanz nicht berührt.

internetgestützten Diskussionen entwickelt, das sich etwa in den Empfehlungen der OECD zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IuK-Technologien) für die Bürgerbeteiligung (OECD 2001) sowie in einem kürzlich durch die Bundesregierung vergebenen Auftrag zur Untersuchung der Beteiligung an politischen Entscheidungen über das Internet zeigt (Bundesministerium des Innern 2007).² Diese Aktivitäten von transnationalen Organisationen bzw. nationalen Regierungen belegen ein ganz handfestes und praktisches Erkenntnisinteresse in Bezug auf den Einfluss des Internets auf politische Diskurse.

Motivation und Fragestellung

Die vorliegende Untersuchung der Architektur und Dynamik politischer Diskurse im Internet wurde zunächst durch ein solches praktisches Problem angestoßen. Im Jahr 2000 begann die Arbeit an einem von der EU geförderten Projekt zur Entwicklung einer Online-Plattform zur Unterstützung der Bürgerbeteiligung, dem Projekt »DEMOS«. Neben der technischen Entwicklung von Softwarekomponenten ging es dabei insbesondere um innovative methodische Konzepte zur Einbindung einer großen Zahl von Bürgerinnen und Bürgern in eine Diskussion über ihre politischen Probleme und Vorstellungen. Mit Hilfe des Internets sollte die vielfach in der wissenschaftlichen (s. Hayward 1995; Putnam 1995; Offe 2002; Coleman 2005) und politischen (s. Schily 2001; OECD 2003; Wallström 2005; Schultheis/Arning 2007) Diskussion diagnostizierte Kluft zwischen Bürgern und ihren politischen Repräsentanten verringert und der Prozess der Entscheidungsfindung durch Einbeziehung der Betroffenen verbessert werden.

Auch wenn sich die ursprüngliche Vision des Projekts zu großen Teilen der damaligen Euphorie rund um das Internet und seine technischen Möglichkeiten verdankte, blieb die methodische Kernfrage über deren Ende hinaus relevant: In welcher Form kann eine große Zahl von Menschen zu einer konstruktiven und produktiven Diskussion über politische Probleme gebracht werden? Und zwar dergestalt, dass die Ergebnisse der Diskussion am Ende sowohl die anfänglich überaus skeptischen Politiker als auch die bis zuletzt kritisch gegenüber der Glaubwürdigkeit des Unterfangens eingestellten Bürger von der Sinnhaftigkeit einer solchen Diskussion überzeugen.

2 Vgl. auch entsprechende Studien der Vereinten Nationen (2007), des Deutschen Bundestages (2005) sowie anderer nationaler Regierungen (Cabinet Office 2002; New Zealand State Services Commission 2007).

Auf Seiten der Wissenschaft korrespondiert mit dieser Problemstellung die Frage, welche Form der Kommunikation einen politischen Diskurs ausmacht und wie dieser strukturiert sein muss, um zu Ergebnissen zu führen, die den demokratischen Prozess insgesamt unterstützen. Diese Fragen wurden insbesondere unter demokratietheoretischen Aspekten durch die normative Diskurstheorie in der Tradition Jürgen Habermas' behandelt. Als Initiator und maßgeblicher Protagonist der kommunikativen Wende in der Soziologie stellt dieser einen Zusammenhang her zwischen öffentlicher Kommunikation, politischen Entscheidungen und den kommunikativen Bedingungen, unter denen beide aufeinander bezogen werden sollten. Kommunikation ist nach Habermas' Theorie der zentrale Mechanismus der sozialen Integration ebenso wie des politischen Interessenausgleichs. Öffentliche Diskurse können sicherstellen, dass politischen Entscheidungen Legitimität und Rationalität zukommt; durch sie wird die Sphäre der alltäglichen Lebenswelt mit dem hochspezialisierten politischen Entscheidungsprozess in Verbindung gebracht und kann einen aus Sicht demokratischer Grundwerte positiven Einfluss auf diesen nehmen.

Aus diesen Gründen orientierte sich das DEMOS-Projekt bei der Entwicklung eines Diskursverfahrens an der Habermas'schen Diskurstheorie (vgl. Lührs et al. 2001, 2004). Es entwickelte ein Ensemble von Verfahrensregeln und webbasierten Softwaretools zur Unterstützung von politischen Online-Diskussionen. Mit deren Hilfe wurden schließlich im Winter 2001/2002 zwei realweltliche Experimente der Bürgerbeteiligung mittels Online-Deliberation in Hamburg sowie in Bologna durchgeführt.

Die Ergebnisse dieser Experimente bestätigen zunächst die Hoffnungen, die verschiedentlich in die demokratiefördernde Kraft des Internets gesetzt wurden. Es gelang in beiden Fällen, eine große Zahl von Teilnehmern anzuziehen, die relativ kontinuierlich über eine Dauer von vier bzw. sechs Wochen zur Diskussion beitrugen und interessante Anregungen für die Politikgestaltung gaben und dabei ein ziviles, respektvolles Diskussionsklima wahrten. Die Experimente wurden – bei Kritik an einzelnen Aspekten – von Politikern wie Teilnehmern ausgesprochen positiv aufgenommen (Lührs et al. 2003, 2004; Mitterhuber 2004; Trénel et al. 2003; Gall 2002; Schirg 2003). Ihre Ergebnisse scheinen die Annahmen der Diskurstheorie zu bestätigen: dass Diskurse zu einer Steigerung sowohl der Rationalität als auch der Legitimität von politischen Entscheidungen, in deren Vorfeld sie ablaufen, führen.

Dem wissenschaftlichen Beobachter stellen sich allerdings Zweifel an der Tragfähigkeit des theoretischen Unterbaus der Diskurs-Experimente. Denn obwohl die Rahmenbedingungen der Diskussionen – so-

weit sie die Institutionalisierung von Beteiligungsregeln betreffen und soweit dies im Rahmen der Möglichkeiten realweltlicher Umsetzungen sozialwissenschaftlicher Theorien überhaupt möglich ist – den normativen Vorgaben der Diskurstheorie entsprachen, und obwohl sich positive Ergebnisse einstellten, blieb unklar, inwieweit dieser Zusammenhang der Theorie entspricht. Im Gegenteil: Die teilnehmende Beobachtung der Diskussionen, die begleitend zum Experiment in Hamburg durchgeführt wurde, legt die Vermutung nahe, dass die Kommunikation innerhalb der Diskussion zwar zivil ablief, aber insgesamt keineswegs den Annahmen der normativen Theorie entsprach.

Zwei Aspekte fallen diesbezüglich besonders ins Auge (und wurden von den italienischen Moderatoren auch für die dortige Diskussion bestätigt): die starke Ungleichheit im Ausmaß der individuellen Beteiligung und die zum Teil offen zelebrierte »Unaufrichtigkeit« der Diskussion, die, neutraler formuliert, in einem spielerischen Umgang mit Identitäten sowie sprachlichen Formen festzustellen war. Beide Aspekte stehen den Anforderungen der Diskurstheorie entgegen. Und dennoch sind die Ergebnisse der Diskurse insgesamt auch aus normativer Sicht als positiv zu bewerten.

Die praktischen Erfahrungen der Durchführung der Online-Diskussionen verweisen daher zurück auf die theoretische Fragestellung, inwiefern die normative Diskurstheorie eine zutreffende und angemessene Form der Beschreibung von solchen Diskursen darstellt. Denn in der Argumentation der Diskurstheorie, mit der die positiven Effekte diskurssiver Kommunikation für die öffentliche Meinungsbildung und für politische Entscheidungsprozesse begründet werden, spielen die kommunikativen Bedingungen die Rolle von notwendigen Bedingungen. Wenn die »Leistungen öffentlicher Kommunikationskontexte« zwar die »hochgespannten Erwartungen in ihre politikgestaltende Kraft rechtfertigen«, wie van den Daele und Neidhardt in anderem Zusammenhang schreiben (van den Daele/Neidhardt 1996: 16), dabei aber ganz anderen kommunikativen Strukturen und Dynamiken entsprechen als in der normativen Diskurstheorie angenommen, dann ist danach zu fragen, ob diese Theorie der empirischen Realität im nötigen Maße gerecht wird.

Einen solchen Anspruch zumindest erhebt die normative Diskurstheorie durchaus.³ Denn zum einen will die Theorie nicht nur normative Idealisierungen beschreiben, sondern sowohl auf die empirische Realität in Form eines Bewertungsmaßstabs bezogen werden als auch für die tat-

3 Für Schöttler dagegen zielt Habermas' Diskursbegriff »auf ein Ideal, dem man zwar konkret nacheifern kann, das aber keine empirischen Forschungen eröffnet« (Schöttler 1997: 139).

sächlich ablaufende Kommunikation relevant sein. Die Theorie beansprucht also nicht allein, wirklichkeitsnah zu sein, sondern stützt sich gleichzeitig auf »unverzichtbare« empirische Annahmen über Kommunikationsprozesse (Gerhards 1997: 28). Nicht zuletzt Habermas' vielfache Einmischung in konkrete politische Fragen (vgl. etwa Habermas 1986; zuletzt: Habermas 2007a) zeigt, wie sehr dieser sich als Theoretiker mit praktischer Ausrichtung versteht.

Zum anderen stellt die Durchführung von politischen Diskussionen im Internet einen für die Überprüfung der Theorie besonders geeigneten Anwendungsfall diskursiver Kommunikation dar. Auch wenn Habermas selbst den Effekten des Internets auf die demokratische Kultur insgesamt skeptisch gegenübersteht, weil es seiner Meinung nach in liberalen Staaten die Fragmentierung der Öffentlichkeit unterstützt (Habermas 2006a: 4), nimmt auch er an, das Internet »counterbalances the seeming deficits that stem from the impersonal and asymmetrical character of broadcasting by reintroducing deliberative elements in electronic communication« (Habermas 2006b: 9, FN 14). Ganz ähnlich kommen Hurrelmann et al. (2002) in ihrem auf die kommunikativen Regeln diskursiver Entscheidungsfindung ausgerichteten Modellvergleich von Versammlungen und Internetforen zu dem Schluss: »Das Internet kann also bei entsprechend strenger Ausformung der Kommunikationsdisziplinen so genutzt werden, dass ein *weitaus höheres Maß an Deliberation* gesichert ist als in Versammlungen« (Hurrelmann et al. 2002: 557, Hervorh. im Orig.).⁴ Entsprechend müssten sich die Annahmen der Theorie in Online-Deliberationen besonders deutlich beobachten lassen.

Daher stellen wir die Frage nach dem Zusammenhang zwischen empirisch beobachtbaren Formen der Deliberation und deren theoretischer Konzeption im Modell des deliberativen Diskurses bei Habermas in den Vordergrund der vorliegenden Untersuchung. Wir nehmen Habermas also den »fiktiven« Charakter eines Modells reiner kommunikativer Ver gesellschaftung (Habermas 1992a: 396) nicht ab, mit dem er die Reibungspunkte zwischen seiner Theorie und der Empirie als »unvermeidliche Trägheitsmomente« (ebd.) darstellen möchte. Denn wie hätte ein fiktives Modell diese Wirkung entfalten können, wenn es nicht von unmittelbarer Relevanz für die Realität wäre? Diskurse beruhen auf bestimmten Leistungen der Kommunikation, und Kommunikation als fiktiv anzunehmen würde die wichtigste Pointe der Theorie zerstören, nämlich den zentralen Stellenwert von Kommunikation für die Konstitution

4 In Bezug auf die Fähigkeit, verbindliche Entscheidungen zu treffen, sehen sie allerdings einige Defizite der Online-Deliberation, was für unsere Fra gestellung jedoch nicht weiter von Relevanz ist.

von Sozialität hervorzuheben und für die soziologische Theorie fruchtbar zu machen. Bei allem Respekt vor der strategischen Bedeutung des Arguments der Kontrafaktizität dürfen die wichtigen Einsichten, die wir aus der Beobachtung realer empirischer Diskurse gewinnen können, nicht am Wegesrand liegen gelassen werden.

Die Fragestellung, die dieser Arbeit zugrunde liegt, lautet zunächst: Welche kommunikativen Grundlagen nimmt Habermas' Theorie des Diskurses als gegeben an, um unter Verweis auf diese den besonderen Stellenwert von Diskursen für die Gesellschaft herauszustellen? Und welche theoretischen Annahmen über Kommunikation liegen dieser Theorie zugrunde, die den Zusammenhang zwischen einer bestimmten Form der Kommunikation und bestimmten politischen Auswirkungen herstellen? Auf der Basis dieser theoretischen Klärung und der Diskussion der Stichhaltigkeit der Theorie soll in einem zweiten Schritt durch eine vergleichende empirische Analyse von neun politischen Online-Diskussionen untersucht werden, inwiefern sich dort die theoretisch beschriebenen Merkmale diskursiver Kommunikation beobachten lassen und wie das Zusammenspiel der unterschiedlichen Merkmale untereinander sowie mit den Ergebnissen der Diskussionen zu bewerten ist.

Bei dieser Untersuchung handelt es sich nicht um eine empirische Prüfung der Hypothesen einer Theorie im klassisch positivistischen Sinn. Denn die Diskurstheorie stellt keine Theorie im Sinne einer Sammlung empirisch überprüfbarer Aussagen und Gesetze dar, sondern eine abstrakt formulierte und stark normativ ausgerichtete Theorie. Die Überprüfung betrifft auch nicht die Randbereiche des Forschungsprogramms der Diskurstheorie, sondern deren »harten Kern«, also ein Netz von miteinander verwobenen Annahmen und Zusammenhängen (Lakatos 1974). Diese lassen sich durch eine punktuelle empirische Untersuchung weder belegen noch verwerfen, sondern können nur mehr oder weniger stark erschüttert werden.

Die hier durchgeführte Untersuchung verfährt daher explorativ. Sie unternimmt eine möglichst breite und von spezifischen Perspektiven unabhängige Beobachtung des Gegenstandes der Online-Diskussionen anstelle eines stark spezifischen Zugriffs auf die Empirie, wie in der Standardmethodologie der empirischen Forschung empfohlen. Das gewählte Vorgehen zielt zum einen direkt auf den Kern des Forschungsprogramms, indem es eine ganze Bandbreite relevanter Annahmen hinterfragt; es bietet zum anderen aufgrund des theorieübergreifenden und daher neutralen Ausgangspunkts die Aussicht darauf, im Fall begründeter Zweifel an den Annahmen, das Forschungsprogramm der Diskurstheorie nicht nur zu kritisieren, sondern zugleich die Grundlage für eine positive

Neubestimmung des Verhältnisses von deliberativer Kommunikation und ihren politischen Auswirkungen zu legen.

In Abgrenzung zu den vorherrschenden empirischen Forschungen über Online-Diskurse geht es uns also nicht darum, zu überprüfen, ob die Diskurse deliberativ sind oder nicht (vgl. z. B. Zhang 2005), ebenso wenig möchten wir das Ausmaß und die Qualität der Deliberativität (Steenbergen et al. 2003) oder die institutionellen Bedingungen für diese Qualität untersuchen (vgl. z. B. Levine et al. 2005: 273f.). Vielmehr soll es um die Frage gehen, was uns politische Diskussionen in Online-Foren über den Charakter von Deliberativität im Allgemeinen sagen können. Wir versuchen also, von der empirischen Beobachtung der Dynamik sozialer Prozesse auf ihre Logik rückzuschließen und auf diese Weise zur Weiterentwicklung der Theorie der Deliberation beizutragen.⁵

Die Art von Diskursen, die hier untersucht werden, lässt sich dabei definieren als Kommunikationsprozesse, die sich folgendermaßen auf den vier Ebenen des Sozialen eingrenzen lassen: Auf der zeitlichen Dimension sind sie ausgedehnter als Interaktionen, aber nicht so umfangreich wie Kommunikation auf der Ebene der Gesellschaft (orientiert an der Unterscheidung von Luhmann 1975). Sachlich sind sie offen für alle Themen, aber dennoch begrenzt auf ein Thema zur selben Zeit und alle Beiträge, die an dieses Thema anschlußfähig sind. Auf der Sozialdimension haben Diskurse mehr Teilnehmer als Interaktionen, aber weder unbegrenzt viele noch alle möglichen. Räumlich schließlich unterliegen Diskurse nicht der Kopräsenz der Akteure, sind aber auch nicht überall verfügbar. Durch diese Abgrenzungen wird der Diskurs auf einer intermediären Ebene des Sozialen situiert, was, wie noch zu zeigen sein wird, dem von Habermas' Theorie anvisierten Diskursbegriff im Kern entspricht.

Verortung im Forschungsfeld

Bevor die eigentliche Untersuchung beginnt, sollen jedoch die bisher nur skizzenhaft vorgetragenen Bezüge zur soziologischen Theoriedebatte sowie zu den politisch-gesellschaftlichen Implikationen genauer erörtert und der Stand der Forschung zu den betreffenden Themen dargestellt werden. In der soziologischen Forschung hat die normative Diskurstheorie gegenwärtig keinen zentralen Stellenwert. Der Begriff des Diskurses

5 Die Begriffe »Diskurs« und »Deliberation« werden in dieser Arbeit nicht immer voneinander unterschieden, sondern beide für den Gegenstand politischer Diskussionsprozesse benutzt.

wird vor allem im Rahmen poststrukturalistischer Theorien wie etwa der von Michel Foucault diskutiert und angewandt,⁶ doch hat er sich dort von der konkret fassbaren Kommunikation zu einem abstrakt wissenssoziologischen Konzept verschoben. Fast scheint es, als sei die Orientierung an Kommunikation als primärer Zugang zum Sozialen, wie sie im Zuge der »kommunikativen Wende« in der Soziologie etabliert wurde,⁷ von neueren Entwicklungen wie dem »cultural turn« (Reckwitz 1999, 2000) verdrängt worden.⁸ Gerade die empirische Erforschung der Bedingungen und Auswirkungen von Kommunikationsprozessen ist daher nicht in einem Rahmen unternommen worden, der zur Untermauerung und Weiterentwicklung der Diskurstheorie nötig gewesen wäre.⁹

Allerdings spricht einiges für die Relevanz eines konkret und kommunikativ verstandenen Diskursbegriffs in der Soziologie. Denn der Diskurs stellt einen geradezu paradigmatischen Gegenstand intermediärer Sozialität dar: Er ist weder auf einzelne Akteure oder Interaktionen noch auf die Gesellschaft im Ganzen zuzurechnen, auch entzieht er sich Versuchen der Organisation (vgl. Habermas 1992a: 374, 625). Als Kommunikationsprozess ist er ebenso wenig episodisch-vergänglich wie zeitlich stabil und dauerhaft. Dieser intermediäre Charakter von Diskursen macht sie zu einem interessanten Untersuchungsgegenstand einer Sozio-

-
- 6 Als symptomatisch kann gelten, dass der Band zum Thema »Diskurs« einer Reihe mit Einführungen in grundlegende Themen der Soziologie des transcript Verlags (Bublitz 2003) die normative Diskurstheorie allenfalls am Rande zu Zwecken der Abgrenzung erwähnt und sich ausschließlich auf den wissenssoziologischen Diskursbegriff in der Tradition Foucaults stützt. Die Auseinandersetzung mit alternativen Verständnissen des Begriffs »Diskurs« wird in Kapitel 5 dieser Arbeit wieder aufgenommen.
 - 7 Vgl. Knoblauch 2000. Alternativ wird auch von einer »sozialtheoretischen Variante des ›linguistic turn‹« gesprochen (Krämer 2001: 154) oder von einem »Paradigmenwechsel zur Kommunikationstheorie« (Habermas 1981a: 518), um diese theoretische Bewegung zu bezeichnen. Stichweh (2000) vollzieht die historische Entwicklung zur kommunikationstheoretischen Fundierung der Soziologie nach, interessanterweise allerdings ohne einen einzigen Bezug zu Habermas' zentralem Beitrag zu dieser Entwicklung.
 - 8 Allerdings ist dazu zu bemerken, dass die Kulturalisten weiter stark auf diskursive Formationen setzen, die durchaus auch kommunikativ zu verstehen sind bzw. sich – unter Zuhilfenahme der Betrachtung von »Welt als Text« (vgl. Garz/Krämer 1994) – kommunikativ fassen lassen, und dass ein solcher »turn«, was übrigens auch für die kommunikative Wende gilt, nicht die gesamte Disziplin erfasst, sondern sich immer ergänzend zu anderen Sichtweisen etabliert.
 - 9 Die empirische Forschung hat sich demgegenüber offenbar in die noch relativ junge Kommunikationswissenschaft verlagert bzw. – soweit der politische Diskurse betroffen ist – in Teilbereiche der Politikwissenschaft (s. unten).

logie der Mesoebene, die neben den gut beschriebenen Makro- und Mikroebenen bisher noch unterreflektiert geblieben ist (Collins 1981) – und das obwohl sie die Chance bietet, die problematische Kluft zwischen Mikro- und Makroebene (Alexander et al. 1987) zu überbrücken. Ebenso ist von einer konzentrierten Beschäftigung mit Diskursen ein Beitrag zur soziologischen Kommunikationstheorie zu erwarten, die nach der anfänglichen Euphorie in den 1970er Jahren ihrem Versprechen einer neuen Grundlegung der Soziologie nicht nachgekommen ist und sich heute als eine Vielzahl nebeneinander bestehender Begrifflichkeiten und Theorien mit geringen Bezügen untereinander darstellt.¹⁰

Zusätzlich zu diesen der Soziologie immanenten Gründen gebietet auch die große Verbreitung, die diskursive Kommunikation gegenwärtig in der Gesellschaft gefunden hat,¹¹ eine Auseinandersetzung mit deren Grundlagen. Diese Entwicklung ist nicht frei von Ironie. War es in den 60er und 70er Jahren des 20. Jahrhunderts noch insbesondere die Soziologie, die lautstark die breite Anwendung von (herrschaftsfreien) Diskursen in ganz unterschiedlichen Bereichen der Gesellschaft wie der Familie, dem Betrieb und der Politik forderte, so scheint sie heute eher wenig interessiert an der Thematik, während sich in der Gesellschaft diskursive Verfahren auf breiter Ebene etabliert haben.

In der politischen Praxis finden sich auf so unterschiedlichen Ebenen wie der lokalen Verwaltung und der internationalen Politik Empfehlungen zur Einbeziehung diskursiver öffentlicher Meinungsbildung als »best practice« des Regierens (vgl. Coenen 2005; Lowndes et al. 2001; Europäische Kommission 2001; OECD 2001; OECD 2003; Weltbank 2007). Anwendungsgebiete, in denen sich diskursive Beteiligungsverfahren zunehmender Beliebtheit erfreuen, sind außerdem die Stadtplanung (Allmendinger/Tewdwr-Jones 2002) und die Technikfolgenabschätzung (vgl. Grunwald 2000 sowie die Beiträge in Köberle et al. 1997).

Selbst in der Ökonomie, die lange als Bereich rein individueller rationaler Entscheidungen galt, wird zunehmend Wert auf die Darstellungs- und Vermittlungsaspekte ökonomischen Handelns gelegt, um den komplexen Zusammenhängen und Beziehungen besser gerecht zu werden.

10 S. allerdings die Versuche von W. L. Schneider 1996 und Malsch 2005a. Einen Überblick über soziologische Kommunikationstheorien bietet Schützeichel 2004.

11 Und dies nicht nur in der Bundesrepublik: Für die USA stellen Delli Carpini et al. (2004: 316) fest, »public deliberation is also enjoying a renaissance outside of the academy«. Mendelberg (2002: 154f.) listet eine eindrucksvolle Anzahl von 19 Studien zu realweltlichen Deliberationsprozessen in Jurys, Bürgerversammlungen, Kommissionen, Anhörungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen auf.

Neben Preise tritt Kommunikation als Mittel der »diskursiven Koordinierung« (Braczyk/Schienstock 1996) und der Kooperationsförderung (Bohnet/Frey 1994; Bohnet 1997). Von der Führungsebene werden unternehmensweite Diskussionen unter den Mitarbeitern großer und mittlerer Unternehmen angeregt (Thomas 2001; Märker et al. 2007). Nicht zuletzt wird der kommunikativen Beobachtung durch Rating-Agenturen oder Verbraucherschutzorganisationen eine wachsende Bedeutung zugemessen, so dass manche Autoren bereits von einem »communicative capitalism« (Dean 2003: 100) bzw. von Diskursen als Hauptmedium für die Konstitution von Märkten sprechen (Mützel 2007). Der Soziologie stünde es daher gut an, die Frage der theoretischen Einordnung solcher Entwicklungen nicht anderen Sozialwissenschaften zu überlassen, sondern das begriffliche Rüstzeug dafür selbst bereitzustellen und weiterzuentwickeln.

Breite Anerkennung in der Soziologie findet allerdings die Ansicht, dass Kommunikation in der gegenwärtigen Gesellschaft an Bedeutung gewonnen hat und zunehmend die Formen gesellschaftlichen Zusammenlebens determiniert. Diese Entwicklung wird belegt durch die Entwicklung neuer Kommunikationssysteme (z. B. Telekommunikation, digitale interaktive Medien), aber auch durch eine gestiegene Zahl von Kommunikatoren, die für ihre Botschaften ein Publikum suchen (z. B. Führungskräfte, Prominente, Medien) und dadurch in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Aufmerksamkeit geraten. Diese Entwicklungen zeichneten sich bereits zu Zeiten von Arnold Gehlen ab, wurden aber nur als »gesellschaftliche Dauerreflexion« (Gehlen 1986) abgewertet und nicht in ihrer für die Soziologie konstitutiven Bedeutung erkannt (s. aber Schelsky 1965). Heutige Soziologinnen und Soziologen, wie etwa Günthner und Knoblauch, konstatieren den Bedeutungszuwachs der Kommunikation und dessen Reflexion in der soziologischen Theorie (Günthner/Knoblauch 1994: 693). Andere, wie Münch (1991), verweisen bereits auf den dialektischen Charakter einer solchen Zunahme, der es schließlich unmöglich macht, sich dem Zwang der Aufmerksamkeits-suche zu entziehen.

Bei politischen Diskursen handelt es sich allerdings um einen Gegenstand, der sich nicht aus einer disziplinären Perspektive allein betrachten lässt, sondern quer zu den etablierten Grenzziehungen der Sozialwissenschaften liegt. So ist im Gegensatz zur Soziologie in der Politikwissenschaft ein gesteigertes Interesse an Diskursen und insbesondere auch an ihrer empirischen Erforschung zu registrieren.¹² Seit den 1990er

12 Auch in der Kommunikationswissenschaft wird das Thema verschiedentlich behandelt. Häufig steht dabei die Rolle der Massenmedien im Vor-

Jahren hat die Theorie deliberativer Demokratie einen großen Aufschwung innerhalb der Politikwissenschaft erfahren.¹³ Sie stellt heute das dominierende theoretische Modell der Demokratie dar. Erst in jüngerer Zeit jedoch hat sich die Forschung den tatsächlich ablaufenden empirischen Deliberationsprozessen zugewandt und diese unter Rückgriff auf die Theorie untersucht.

Die Studien zur empirischen Untersuchung von politischen Diskursen lassen sich aus der von uns eingenommenen Perspektive grob in drei Gruppen gliedern.¹⁴ Zur ersten Gruppe gehören Studien von realweltlicher Deliberation, die Habermas' Theorie zum Ausgangspunkt der empirischen Untersuchung nehmen und nicht weiter auf ihre Gültigkeit hinterfragen. Zur zweiten Gruppe gehören Studien, die einzelne Aspekte des Zusammenhangs zwischen Deliberation, ihren Ergebnissen und den Auswirkungen auf den politischen Prozess untersuchen, ohne dabei Diskussionsprozesse in ihrer Gesamtheit zu betrachten. Eine dritte Gruppe umfasst Studien, die Fälle von Deliberationen vor dem Hintergrund der normativen Diskurstheorie untersuchen, dabei allerdings im Gegensatz zu den Studien der ersten Gruppe eine Kritik bzw. Weiterentwicklung dieser Theorie anstreben.

Wenn wir uns die obige Zusammenfassung der von der Diskurstheorie angenommenen Zusammenhänge zwischen den externen und internen Bedingungen deliberativer Kommunikation und ihren Ergebnissen sowie deren Bedeutung für den politischen Prozess im Allgemeinen vergegenwärtigen, dann lassen sich die einzelnen Forschungsrichtungen wie folgt zuordnen: Die erste Gruppe nimmt die Zusammenhänge als gegeben an und überprüft vor diesem Hintergrund sowohl die Bedingungen als auch die Ergebnisse empirischer Deliberation daraufhin, inwiefern sie der Theorie entsprechen und damit normativ positiv zu bewerten sind. Die zweite Gruppe untersucht einzelne Zusammenhänge zwischen Bedingungen und Ergebnissen, häufig durch kontrollierte Experimente.

dergrund, die für die vorliegende Arbeit allerdings weniger relevant ist (vgl. Wessler 1999, 2005; Kuhlmann 1999; Schultz 2006). Weitere Forschungen im Grenzbereich der »Politischen Kommunikation« zwischen Kommunikations- und Politikwissenschaft werden im Folgenden gemeinsam mit der politologischen Forschung behandelt.

- 13 Vgl. Dryzek 2000; Chambers 2003: 307. Levine et al. 2005: 280 datieren den Beginn sogar auf die 1960er Jahre. Überblickstexte bzw. Diskussionen des theoretischen Forschungsstandes bieten Benhabib 1996; Bohman/Rehg 1997; Elster 1998; Fishkin/Laslett 2003; Gutman/Thompson 1996, 2004; Macedo 1999.
- 14 Einen aktuellen Überblick über die empirische Forschung zu politischer Deliberation bieten Mendelberg 2002; Chambers 2003; Delli Carpini et al. 2004; Ryfe 2005; Bächtiger/Steiner 2005.

Die dritte Gruppe schließlich betrachtet die Zusammenhänge anhand konkreter Fallstudien, in denen sich die einzelnen Zusammenhänge nicht isoliert betrachten lassen.¹⁵

Zur ersten Gruppe zählt eine Forschergruppe um Marco Steenbergen und Jürg Steiner, die einen Index der Diskursqualität entwickelte, der unmittelbar auf den Annahmen der normativen Diskurstheorie basiert und diese für die empirische Forschung operationalisiert (Steenbergen et al. 2003). Dieser wurde anschließend vor allem zur quantitativen Untersuchung von formalen Deliberationsprozessen in parlamentarischen Gremien eingesetzt (Steiner et al. 2004; Bächtiger 2005; Bächtiger et al. 2005; Spörndli 2003, 2004). Die normative Diskurstheorie dient dabei als Maßstab, an dem die empirischen Kommunikationsprozesse gemessen werden. Die Unterschiede in den Abweichungen von diesem Ideal werden dann durch institutionelle Faktoren erklärt, wie z. B. die Öffentlichkeit der Deliberation oder die unterschiedlichen Kontextbedingungen der jeweiligen Kammern, in denen die Deliberation abgehalten wurde. Ebenfalls untersuchen die Autoren die Bedeutung der inhaltlichen Substanz von Deliberationen für deren Ergebnisse. In dieser Hinsicht grenzt sich etwa Spörndli (2004) von Habermas ab, indem er darauf verweist, dass erst bestimmte substantielle Kriterien eine Entscheidung legitim und rational machen (kritisch dazu: Habermas 2005: 390). Ansonsten handelt es sich bei diesen Forschungen um eine direkte Anwendung der Diskurstheorie auf den empirischen Gegenstand, die kaum geeignet erscheint, die zentralen Annahmen der Theorie bezüglich des Zusammenhangs von Kommunikationsbedingungen und Ergebnissen zu hinterfragen, da sie mit der Operationalisierung auf diese aufbaut.

In einer ähnlichen Richtung arbeiten Forscher, die das Modell deliberativer Demokratie zum Ausgangspunkt für eigene deliberative Experimente (Fishkin 1995; Ackerman/Fishkin 2003) oder für die Beurteilung realweltlicher Deliberation außerhalb formaler Institutionen nehmen. Deliberative Experimente wurden vor allem durch Fishkin unter dem Begriff des »deliberative polling« durchgeführt, bei dem es um eine Verbindung der Vorteile repräsentativer Zufallsauswahl und deliberativer Kommunikation geht. Als Experimente sind diese Studien zum einen deshalb zu verstehen, weil die Umsetzung theoretischer Ideen in realweltliche Kommunikation ergebnisoffen war, zum anderen wurden diese Umsetzungen auch unter möglichst kontrollierten Bedingungen

15 Darüber hinaus gibt es weitere kritische Diskussionen der normativen Diskurstheorie, die allerdings nicht empirisch basiert sind, sondern rein theoretisch argumentieren. Vgl. z. B. die Kritik von John Rawls (1996: 430f.), der die Qualität der aus Diskursen resultierenden Entscheidungen anzweifelt.

wissenschaftlich evaluiert (vgl. Luskin et al. 2002; Fishkin/Luskin 2005).

Eine Form der Evaluation realweltlicher Deliberation auf der Basis der normativen Diskurstheorie nahmen dagegen Forscher des Wissenschaftszentrums Berlin vor. So untersuchte van den Daele die Argumentationsformen in Diskursen zur Technikbewertung (van den Daele 1998, 2001), Fietkau und seine Kollegen die Kommunikationsmuster in Mediationsverfahren (Fietkau 1996), umweltpolitischen Beteiligungsverfahren (Fietkau/Trénel 2002) sowie Deliberationen unter den experimentellen Bedingungen eines Rollenspiels (Fietkau/Prokopp/Trénel 2003). Ferner sind die stärker politikwissenschaftlich ausgerichteten Studien von Holzinger zu nennen, die unterschiedliche Kommunikationsmodi am Beispiel von Diskussionen in Mediationsverfahren untersucht hat (Holzinger 2001b, 2005). Haug und Teune schließlich schlagen eine Operationalisierung von Merkmalen des Diskursmodells von Habermas für die teilnehmende Beobachtung von sozialen Bewegungen vor, allerdings (bislang) ohne selbst Ergebnisse vorzustellen (Haug/Teune 2006).

Eine große Zahl von Untersuchungen ist zur zweiten Gruppe von Studien zu zählen, die einzelne Aspekte diskursiver Kommunikation untersuchen. Sie können an dieser Stelle nicht umfassend behandelt werden. Die im Rahmen der vorliegenden Arbeit wichtigsten Ergebnisse betreffen zunächst die Gruppendynamik in politischen Diskussionen. Hier ist das von Sunstein formulierte »law of group polarization« zu nennen (Sunstein 2003). Demnach orientieren sich die Mitglieder einer Gruppe an der wahrgenommenen Mehrheitsmeinung dieser Gruppe und tendieren dazu, ihre Meinung in eben dieser Richtung noch zu verschärfen.

Die Diskurstheorie geht demgegenüber von einer Konsensbildung kraft rationaler Argumente aus. Die polarisierende Wirkung kann zu »falschem Konsens« führen, also zu Überzeugungen, die zwar innerhalb einer Gruppe geteilt werden, gegenüber anderen aber nicht zu rechtfertigen sind (vgl. zur negativen Bewertung Isenberg 1986; Myers et al. 1980). Im Falle rational begründeter Überzeugungen kann sich die Polarisierung allerdings verstärkend auf die Kraft der Argumente auswirken und die Diskussion positiv beeinflussen (vgl. Burnstein et al. 1973; Burnstein/Vinokur 1977; Vinokur/Burnstein 1978).

Sunsteins These wurde durch experimentelle Forschungen bestätigt (vgl. Moscovici/Zavalloni 1969; Myers/Lamm 1976), ist allerdings nicht unumstritten. Gastil und Dillard (1999) konnten empirisch belegen, dass Teilnehmer an Deliberationen ihre Meinung im Laufe der Diskussion durchaus revidieren und zu einer differenzierteren Meinung gelangen. Ein wichtiges Kriterium dabei scheint eine heterogen zusammengesetzte Teilnehmerschaft zu sein, die zu höherer Diskursivität und Offenheit ge-

genüber anderen Meinungen führt (Leighley 1990; McLeod et al. 1999; Moscovici 1976; Mutz 2002a, 2002b; Mutz/Martin 2001; Nemeth 1986). Die Diskurstheorie betont auch die sozial integrative Funktion von Sprache in diesem Kontext. Allerdings zeigten Mendelberg und Oleske (2000) am Beispiel von Diskussionen innerhalb von und zwischen ethnischen Gruppen, dass Sprache eher zur Aufrechterhaltung und Verstärkung von Gruppenidentitäten und Gruppengrenzen benutzt wird als zur Integration. Dieses Phänomen ist in der linguistischen Forschung als »linguistic intergroup bias« bekannt (Maass et al. 1989, 1996).¹⁶

Ein zweiter relevanter Aspekt diskursiver Kommunikation ist das relative Ausmaß der Teilnahme an Diskussionsprozessen. Dieses wurde anhand von ganz unterschiedlichen Kommunikationsprozessen empirisch untersucht, wie z. B. Unterrichtssituationen (Bales et al. 1951; Stephan/Mishler 1952), Juryversammlungen (Hastie et al. 1983; Strodtbeck et al. 1957), Mediationsverfahren (Fietkau 1996: 283f.) sowie Klein-Scharpf/Fisch 1989 und Großgruppen (Rauch 1983). Die Studien weisen durchgehend eine starke Verzerrung der Verteilung der Beiträge über die Teilnehmer aus. Es besteht also in all diesen Diskussionsprozessen eine Differenzierung zwischen Teilnehmern, die besonders viel sprechen, und solchen, die wenig bis gar nicht zur Kommunikation beitragen.

Die experimentellen Studien von Ridgeway (1981) zeigen, dass insbesondere Frauen in der Kommunikation weniger einflussreich sind (vgl. auch Gambetta 1998). Wie für politische Partizipation allgemein (Verba et al. 1995) spielen auch bei Deliberationen der sozioökonomische Status und Bildung eine Rolle als Determinanten (S. E. Bennett et al. 1996). Die Ungleichheit der Beteiligung ist besonders dann von Relevanz, wenn sie eine inhaltliche Dominanz der Diskussion zur Folge hat, wie sie Mansbridge in ihrer klassischen Studie über Bürgerversammlungen in den USA festgestellt hat: »The assembly is a much less effective guard against the domination of a few« (Mansbridge 1980: 274). In vielen politischen Diskussionen dürfte auch das Informationsgefälle zwischen einfachen Bürgern und Experten groß sein, was dazu führt, dass die Argumente von Bürgern in geringerem Maße angenommen werden als die der Experten (vgl. Eliasoph 1998: 166; Lynn/Kartez 1995: 87; MacRae 1993: 310f.).

Im Zusammenhang mit der Teilnahmestärke sind Erkenntnisse aus Fallstudien zu sehen, wonach Bürger häufig die Teilnahme an öffentli-

16 Allerdings wurde durch die »speech accommodation theory« auch ein hohes Maß an Flexibilität der Sprachverwendung belegt, die demnach sowohl zur Erhaltung als auch zum Abbau von sozialen Grenzziehungen zwischen Gruppen beitragen kann (Giles et al. 1987).

chen Diskussionsprozessen vermeiden bzw. nur in nichtöffentlichen Gruppen zu einer Teilnahme an Deliberation bereit sind (Eliasoph 1998). Eine Erklärung dafür könnten psychologische Studien sein, auf die Ryfe (2005: 61) verweist. Demnach orientieren sich Menschen in ihrem Handeln lieber an Routinen, anstatt eine kritische, hypothetische Haltung einzunehmen, wie es von der normativen Diskurstheorie verlangt wird (vgl. Holt 1993, 1999; Mulkey 1985; Schiffrin 1990). Entsprechend schwer dürfte es fallen, Bürger überhaupt zur Teilnahme an öffentlichen Deliberationen zu bewegen.

Als dritter Einzelaspekt diskursiver Kommunikation sei ihr legitimierender Effekt genannt, also die höhere Akzeptanz von Entscheidungen, die durch eine Diskussion aller Betroffenen zustande kamen. Experimentelle Studien zur »Procedural Justice« stellten fest, dass deliberative Verfahren die empfundene Legitimität der Ergebnisse erhöhen (Thibaut/Walker 1975; Tyler/Blader 2000). Auf individueller Ebene konnte Delli Carpini (1997, zitiert nach Delli Carpini et al. 2004: 330) nachweisen, dass Teilnehmer nach einer Deliberation mehr wissen und mehr Vertrauen gegenüber den anderen Teilnehmern und in die Legitimität der Ergebnisse haben. Ähnliches stellte Fishkin für die Teilnehmer an »deliberative polls« fest (Fishkin 1999; s. auch Gastil et al. 2002; Wuthnow 1994). Allerdings liegen diesbezüglich auch gegenteilige Ergebnisse vor (vgl. Delli Carpini et al. 2004: 331), so dass die entsprechenden Annahmen der normativen Diskurstheorie zwar empirische Unterstützung finden, ein zufriedenstellender Forschungsstand jedoch noch nicht erreicht ist.

Ein Problem der Studien zur Überprüfung einzelner Aspekte von diskursiver Kommunikation ist, dass die gewählten Methoden und Samplingstrategien nicht auf die Ziele der Überprüfung der theoretischen Annahmen ausgerichtet und diesen auch nicht unbedingt dienlich sind. So ist insbesondere gegenüber der (laborartigen) experimentellen Forschung einzuwenden, dass sie Deliberation im Kontext künstlicher Kommunikationssituationen untersucht. Da Kommunikation in hohem Maße durch den Kontext geprägt wird, ist die Übertragbarkeit der Ergebnisse experimenteller Studien auf realweltliche Deliberation zweifelhaft.

Die systematische Variation von Kontextbedingungen in Quasi-Experimenten verspricht hier Abhilfe, doch stehen häufig nur wenige Fälle zur Verfügung, an denen sich überhaupt systematisch Deliberation untersuchen lässt. Der Kompromiss von Fishkin und seinen Kollegen, Deliberation bereits in der Konzeption mit repräsentativen Stichproben zu kombinieren, ermöglicht zwar auch, diese als Quasi-Experimente zu untersuchen, doch bleiben die entstehenden Deliberationen mit einer ge-

wissen Künstlichkeit behaftet, die sich etwa in dem großen Aufwand zur Herbeiführung des Prozesses äußert. Von der in der normativen Theorie anvisierten Spontaneität zivilgesellschaftlicher Kommunikationsformen sind diese Experimente daher weit entfernt.

Eine dritte Gruppe von Studien versucht, diesem Manko zu begegnen, ohne dabei, wie die Studien der ersten Gruppe, die normative Theorie unhinterfragt zu ihrer Grundlage bzw. ihrem Ausgangspunkt zu machen. Stattdessen zielen diese Studien, wie auch die vorliegende Arbeit, auf eine Kritik und Weiterentwicklung der normativen Diskurstheorie. Unter dieser Maßgabe finden sich allerdings bislang nur wenige empirische Studien. Geradezu klassischen Rang hat dabei die Studie von Mansbridge (1980), die am Beispiel von politischen Bürgerversammlungen zeigte, dass sowohl eine auf Gemeinsamkeit und Konsens ausgerichtete Form demokratischer Verfahren (»unitary democracy«) als auch eine durch Repräsentation und formale Entscheidungsverfahren wie Wahlen gekennzeichnete Form (»adversary democracy«) in einer differenzierten Gesellschaft ihr Recht haben und benötigt werden. Dabei weist sie die üblicherweise vorgenommene Zuordnung von »unitary democracy« zu überschaubaren »face-to-face«-Meetings und von »adversary democracy« zu Konstellationen unpersönlicher sozialer Beziehungen zurück. Stattdessen hänge es immer von den Ausgangsbedingungen sowie vom Zweck der Deliberation ab, welche Art von Verfahren angemessen sei.

Mit ihrer Studie hat Mansbridge einen wichtigen Beitrag zur Kritik bestimmter demokratietheoretischer Annahmen auf empirischer Basis geleistet. Allerdings betrifft ihr Argument weniger die normative Diskurstheorie in der Tradition Jürgen Habermas' als vielmehr das kommunaristische Ideal eines auf konsensual deliberierenden Gemeinschaften beruhenden Gemeinwesens.

Ebenso zu erwähnen ist die Arbeit von Gerhards, der eine »empirische Auseinandersetzung mit Jürgen Habermas« zum Modell der Öffentlichkeit unternimmt, wie es der Untertitel seines Aufsatzes besagt (Gerhards 1997; vgl. dazu auch Gerhards et al. 1998 sowie Wessler 2005). Dabei behandelt er explizit das Problem, eine normative Theorie empirisch überprüfen zu wollen, und entscheidet sich für eine behutsame Überprüfung einzelner Hypothesen, »die als Stützbalken des normativen Gebäudes unverzichtbar sind« (Gerhards 1997: 27f.). Nachdem er zunächst am Beispiel von Medienberichten zur Abtreibungsdebatte gezeigt hat, dass das liberale Modell der Öffentlichkeit wirklichkeitsnäher ist als das der deliberativen Öffentlichkeit, untersucht er das diskursive Verhalten unterschiedlicher Akteure daraufhin, ob es mit den Annahmen der Theorie übereinstimmt. Dabei zeigt sich, dass die Unterschiede zwi-

schen zivilgesellschaftlichen und im engeren Sinne politischen Akteuren genau entgegen der Annahmen der Theorie deliberativer Öffentlichkeit ausfallen. Allerdings bleibt die Analyse auf Diskurse beschränkt, die durch massenmediale Berichterstattung (Pressetexte) ausgetragen werden, einer möglichen Beeinflussung der Kommunikation durch dieses Medium wird Gerhards nicht ausreichend gerecht. Außerdem untersucht er im Gegensatz zum Interesse der vorliegenden Studie Annahmen der Theorie der Öffentlichkeit, die sich nur bedingt auf die Diskurstheorie übertragen lassen. Insofern dient die Arbeit vor allem zur methodischen Anregung, ihre substantiellen Ergebnisse werden dagegen nicht eingehender diskutiert.

Auch die Untersuchungen von Max Miller (1998) zu Bürgerversammlungen orientieren sich unmittelbar an Habermas' Theorie. Er entwickelt an einem empirischen Fallbeispiel die These, dass in der Praxis deliberativer Kommunikation notwendigerweise Fragen der Legitimität, also der freien, unbeschränkten Argumentation, mit Fragen der Effizienz, also der praktischen Organisation des Diskussionsprozesses, zusammenkommen und unaufhebbar verwoben sind. Von dieser Erkenntnis ausgehend, empfiehlt er eine Revision der Diskurstheorie Habermas', der von einer Ausdifferenzierung der beiden Fragestellungen in spezifische Diskurse ausgeht. Allerdings bleibt Miller eine Spezifizierung des Zusammenhangs von Legitimität und Effizienz in der Kommunikation schuldig, auch bewegt sich die Analyse allein auf der Ebene einer hermeneutischen Rekonstruktion von Argumenten, ohne auf die Rahmenbedingungen und die Prozessdynamik der Kommunikation einzugehen.

Solchen Aspekten widmet dagegen Llewellyn (2005) seine Analyse von regionalen Bürgerforen in Großbritannien und beschreibt, welche kommunikativen Strategien und Ressourcen die Teilnehmer anwenden, um den Diskussionsprozess zu strukturieren. Es gelingt ihnen demnach, auch Deliberationen mit einer großen Zahl von Teilnehmern fokussiert und zivil durchzuführen. Llewellyn selbst bleibt allerdings bei einer Beschreibung der Kommunikationsdynamiken stehen, ohne einen Bezug zur Diskurstheorie herzustellen.

Zwei Studien verkörpern die konstruktive Kritik der Diskurstheorie auf der Basis empirischer Untersuchungen unserer Einschätzung nach besonders gut. Polletta und Lee (2006) untersuchten mehrere Diskussionsgruppen, die sich mit der Zukunft des »Ground Zero«-Geländes in Manhattan nach den Angriffen vom 11. September 2001 beschäftigten. Sie vergleichen die Kommunikationsmodi des Begründens (»reason giving«) und der Narration (»storytelling«) in ihrer Bedeutung für die Diskurse. Dabei kommen sie zu dem Schluss, dass Narrationen in ihrer Be-

deutung bisher unterschätzt wurden. Der Beitrag narrativer Kommunikation liege insbesondere darin, Sichtweisen zu kommunizieren, die ansonsten nicht offen aufgenommen werden würden, einen einführenden Zugang zur Andersartigkeit von Teilnehmern zu eröffnen sowie zu einer gemeinsamen, kreativen Auseinandersetzung mit den gegebenen Problemen anzuregen (Polletta/Lee 2006: 718). Diese Ergebnisse werden wir in der eigenen empirischen Untersuchung weiter verfolgen.

Schließlich kommt die Studie von Baiocchi (2003) von ihrer methodischen Anlage her unserer Studie am nächsten: Sie ist ebenfalls explorativ angelegt (allerdings rein qualitativ-ethnographisch) und stellt die Entstehung einer Diskurskultur an einem unwahrscheinlichen Ort fest, nämlich in zwei armen Stadtteilen von Porto Allegre, Brasilien. Baiocchi zeigt (1), dass durchaus untypische Akteure (Arme, Ungebildete, Unerfahrene) in eine echte Deliberation eintreten, und (2), dass sich die Diskurse vor allem den staatlich eingerichteten Foren verdanken, die mit der Bereitstellung von materiellen Ressourcen und der Herstellung von Öffentlichkeit periphere Akteure zur Teilnahme gebracht haben. »Although Tocqueville observed that, in America's townships, sharing governance led people to develop a ›public orientation‹, his observations remained largely confined to relatively privileged participants. I suggest a similar impact of empowered settings for the underprivileged« (Baiocchi 2003: 69).

Während Baiocchi allerdings nach dem Einfluss externer Faktoren auf die Deliberation und auf ihre Ergebnisse fragt, geht es uns dagegen um die internen, also kommunikativen Mechanismen und Dynamiken, die die Entstehung einer Art von Deliberation, wie sie von der normativen Diskurstheorie gefordert wird, beeinflussen. Genau diese kommen, wie der Überblick über den Stand der Forschung zu Deliberation zeigt, bei den empirischen Untersuchungen bisher zu kurz. So resümiert auch Ryfe in seinem Überblicksartikel zur Forschung über deliberative Demokratie bezüglich der Frage, wie Deliberation tatsächlich von den Teilnehmern vollzogen wird:

»Deliberative theorists say quite a bit about what deliberation *ought* to look like. [...] But in pursuing this debate, theorists remain silent about what deliberation looks like on the ground, where real people discuss concrete issues. Perhaps more surprisingly, the empirical literature has not addressed the issue either. Researchers have been less interested in deliberation itself than in measuring its effects« (Ryfe 2005: 54, Hervorh. im Orig.).

Besonderheiten diskursiver Online-Kommunikation

Die vorliegende Studie erschließt mit dem Fallbeispiel der Online-Diskussionen ein empirisches Feld, das besonders geeignet erscheint, die kommunikativen Prozesse und Dynamiken von Deliberationen zu untersuchen. Denn aufgrund der Vermittlung durch das Internet bleiben viele Faktoren, die den offenen diskursiven Austausch beeinflussen könnten, außen vor (z. B. körperliche Merkmale, die zu Stigmatisierungen führen). Ihnen gegenüber gewinnen die eigentlich kommunikativen Faktoren an Bedeutung (vgl. Hurrelmann et al. 2002). Daher knüpfen wir an den für die empirische Deliberationsforschung neuen Gegenstand auch die Erwartung, dass sich die wissenschaftliche Debatte über Deliberation weiterbringen lässt, die manche Autoren bereits für geschlossen erklären wollen (so z. B. Shapiro 1999 mit seiner Forderung »enough of deliberation«).

Denn die Kommunikationsformen, die durch das Internet ermöglicht werden, sind als grundlegend neu anzusehen und konnten vor der Ausbreitung des Internets empirisch nicht beobachtet werden.¹⁷ Politische Diskussionen im Internet ermöglichen einer größeren Zahl von Akteuren die Teilnahme als alle Formen von Kommunikation, die an raumzeitliche Kopräsenz gebunden sind (z. B. Versammlungen, Konferenzen, Anhörungen etc.).¹⁸ Das Internet hilft, räumliche Beschränkungen ebenso zu überwinden wie zeitliche oder solche der Filterung und Zensur. Als elektronisches, vorwiegend textbasiertes¹⁹ Kommunikationsmedium stellt es an die Akteure allerdings auch hohe Anforderungen in Bezug auf deren Motivation (vgl. Needham 2001) und kommunikative Kompetenz, denn ein Großteil der üblichen Kommunikationskanäle wie Gesten, Mimik etc. (sogenannte »social cues«) wird abgeschnitten und muss da-

17 Allerdings gibt es experimentartige Vorläufer der Online-Deliberation, die Fernsehen und Telekommunikation kombinierten, um Bürgern die Diskussion über politische Themen zu erleichtern (Krauch 1972).

18 Nicht ganz zufällig lebte im Zuge der Ausweitung der Internetnutzung auf immer weitere Bereiche des Sozialen die Brecht'sche Radiotheorie (Brecht 1932) mit ihrem Ideal, alle Menschen zu Sendern zu machen, wieder auf (vgl. Bieber 1999: 28, FN 26; Ewert et al. 2003).

19 Diese Charakterisierung wird durch den gegenwärtigen Trend zu Online-Videos, ausgelöst durch die Entwicklung von »Flash«-Video-Formaten und Plattformen wie »Youtube«, herausgefordert. Allerdings kann sie zum einen für den in der empirischen Untersuchung betrachteten Zeitraum von 2001 bis 2004 noch uneingeschränkt gelten, zum anderen ist auch die gegenwärtige Online-Kommunikation, sofern sie diskursive Züge annimmt und auf der Nutzung von Hyperlinks beruht, noch immer auf Text als Form der Codierung von Information angewiesen.

her in der textuellen Kommunikation simuliert bzw. durch andere Indikatoren ersetzt werden (vgl. Funken 2001).

Durch diese Eigenschaften erlaubt das Internet eine Kommunikationsform, die zwischen den traditionell bekannten Ebenen der (»Face-to-Face«-)Interaktion und der massenmedial vermittelten gesellschaftsweiten Kommunikation angesiedelt ist und die übliche Aufteilung von Deliberation in kleine Formen (wenig Teilnehmer und »face-to-face«) und große Formen (viele Teilnehmer und massenmedial vermittelt) aufhebt (vgl. Ryfe 2005: 51). Was Calhoun noch grundsätzlich in Frage stellte, dass nämlich eine »extension of community level discourse or mobilization will constitute a public discourse at the level of the state« (Calhoun 1988: 220), scheint durch das Internet als interaktives Massenmedium durchaus möglich geworden zu sein. Asynchrone Kommunikationsformen und der weltweit gleichberechtigte Zugang zur Diskussion erlauben zumindest in der Theorie einer breiten Schicht von Menschen die Teilnahme an Deliberationen.

Somit unterscheiden sich Online-Diskussionen fundamental von der einigen Diskurstheorien zugrundeliegenden Gesprächssituation, indem sie auf eine intermediäre Ebene von Gesellschaft aufbauen. Während sich bisherige Studien von Deliberationen entweder auf Kommunikation unter Bedingungen der Kopräsenz oder aber auf massenmediale Kommunikation stützen, ist die Deliberation unter Bedingungen internetgestützter Kommunikation von beiden Formen grundlegend zu unterscheiden.²⁰ Mit Begriffen wie Großgruppe, (Teil-)Öffentlichkeit oder soziales Netzwerk lassen sich intermediäre soziale Formen zwar eingrenzen, doch sind diese Begriffe kommunikationstheoretisch noch zu wenig ausgearbeitet. Ein neues begriffliches Vokabular und methodisches Vorgehen ist daher nötig.

20 Bieber (2006) vertritt in Bezug auf Weblogs die Ansicht, diese stellten eine Form von »Veranstaltungsöffentlichkeiten« (Gerhards/Neidhardt 1990) dar. Dagegen ist allerdings einzuwenden, dass die Online-Kommunikation die raumzeitlichen Beschränkungen von Veranstaltungen entscheidend ausweiten (auch wenn sie, wie im Fall von Weblogs, durchaus noch wirksam sind) und daher ebenso berechtigt der massenmedialen Öffentlichkeit zugerechnet werden können. Für eine stärkere Beachtung des massenmediale Charakters der Internet-Öffentlichkeit spricht sich Zimmermann aus (Zimmermann 2007). Dagegen soll hier die Sichtweise vertreten werden, dass durch das Internet die etablierte Einteilung in Interaktions- und massenmediale Kontexte der Kommunikation (vgl. neben Gerhards und Neidhardt auch Luhmann 1975) gerade unterlaufen wird und Formen der öffentlichen Kommunikation entstehen, die eine diesbezüglich neue Perspektive erforderlich machen.

Doch wie bereits in Bezug auf massenmediale Diskurse ist auch für die internetgestützte Deliberation zu fragen, ob nicht das Kommunikationsmedium den Diskurs kontextuell besonders prägt und ihre Untersuchung entsprechend mehr über die Besonderheiten der Online-Kommunikation zutage bringt als über Deliberationen. Mit Blick auf die Schlussfolgerungen von Baiocchi (s. oben) ließe sich etwa mutmaßen, das Internet verspiele im Unterschied zu traditionelleren Arenen gerade den Gewinn wieder, weniger privilegierte Akteure in die Diskussionen einzubinden, weil es primär von gutsituierten Bürgern genutzt wird.

In der Tat weisen eine nicht unerhebliche Zahl von Studien zur Einwirkung des Internets auf politische Prozesse auf derartige negative Folgen hin (s. Norris 2001). Die Forschung zu dieser Frage zeigt sich allerdings gespalten in eine utopische, die positiven Effekte betonende und eine dystopische, die negativen Effekte betonende Richtung (DiMaggio et al. 2001; Zimmermann 2007). Besonders Studien aus der Frühphase der Internetnutzung sind dadurch gekennzeichnet, dass sich Unterstützer beider Richtungen stärker auf die technischen Eigenschaften und Möglichkeiten des Internets stützen als auf die Beobachtung der tatsächlichen Nutzungspraktik und dass zu wenig zwischen den unterschiedlichen Angeboten an Internetdiensten unterschieden wird zugunsten einer pauschalen Bewertung »des Internets«.

Die Auseinandersetzung mit dieser Problematik soll uns hier nicht weiter beschäftigen, sie wurde an anderer Stelle bereits geführt (Albrecht 2006a). Für die vorliegende Studie relevant ist allerdings der Hinweis, dass das Internet, spezieller die hier interessierenden Foren und entsprechende Kommunikationsformate, bereits zum Zeitpunkt der empirischen Beobachtung eine starke Verbreitung in der Gesellschaft gefunden hatten²¹ und beobachtbare Effekte auf soziale Prozesse, insbesondere kommunikative, hatten (DiMaggio et al. 2001). Methodisch betrachtet, stellt das Internet einen Sozialraum dar, der im Grunde genau so zu behandeln ist wie andere Sozialräume auch. Im Abgleich mit anderen, gerade in jüngerer Zeit zunehmend durchgeführten Studien zu Online-Deliberation (vgl. z. B. Dutton 1996; Wilhelm 1998, 2000; Dean 2003; Jankowski/van Selm 2000; Jankowski/van Os 2002; Fietkau et al. 2005; Trénel 2008; Wright 2006; Zhang 2005) lassen sich an diesem Gegenstand die Spezifika der Internetkommunikation ebenso wie die allgemein kommunikativen Einflussfaktoren auf Deliberationen untersuchen.²²

21 Vgl. Statistiken zur Internetnutzung der ITU (<http://www.itu.int/ITU-D/icteye/Indicators/Indicators.aspx>, Stand: 11. Juli 2007).

22 So haben z. B. Iyengar et al. für den speziellen Fall von deliberativen Polls gezeigt, dass diese sich nicht stark unterscheiden, unabhängig davon, ob

Entgegen den frühen Ansätzen zu einer sogenannten »Online-Forschung« oder »Internet-Soziologie« (vgl. Gräf/Krajewski 1997; Batinic 1999) geht es uns also nicht darum, die Spezifika des neuen Mediums herauszuarbeiten, sondern darum, Einsichten in *allgemeine* soziale Phänomene zu gewinnen. Wie jedes technische Medium erlegt auch das Internet der Kommunikation bestimmte Restriktionen auf, die Einfluss auf die möglichen Formen der Kommunikation nehmen. Die Forschungen zu computervermittelter Kommunikation haben dazu auch bereits eine eindrucksvolle Sammlung von Belegen erbracht. Doch im Zuge dieser Forschungstätigkeit wurde auch immer wieder deutlich, wie stabil die etablierten sozialen Strukturen gegenüber diesem neuen (und oft als revolutionär beurteilten) Medium sind. Schönberger (2005) hat für diese Einsicht den Begriff des »langen Arm des real life« geprägt, der bildhaft zum Ausdruck bringt, dass sich die sozialen Strukturen und Prozesse der Welt abseits des Internets auch online beobachten lassen. Andere sprechen mit Bezug auf das politische Feld von »politics as usual« (Davis 1999) zur Bezeichnung der Beobachtung, dass sich auch im Internet die bereits bekannten politischen Strukturen und Verhältnisse abbilden (vgl. auch Norris 2001).

Diese Sichtweise soll in der vorliegenden Studie aufgenommen und zur methodischen Basis der Untersuchung gemacht werden. Denn wenn sich das »real life« auch im Internet beobachten lässt, dann können wir aus den Besonderheiten der Internet-Kommunikation für die soziologische Beobachtung Kapital schlagen, nämlich der Tatsache, dass alle Kommunikation digital und meist ausgesprochen detailliert protokolliert wird und damit in einem Maße beobachtbar wird, wie es für Kommunikation bisher nur durch großen methodischen und technischen Aufwand möglich war. »The emergence of mass interaction has presented new opportunities to learn about and understand human communication. The availability and persistence of such communications, and the scale at which it operates allows us to explore various system effects on group discourse« (Jones et al. 2002: 9). Durch diese Eigenschaften von Internet-Kommunikation lässt sich eine große Zahl von qualitativ anspruchsvollen Daten gewinnen, die ganz neuen analytischen Zugängen den Weg frei macht (vgl. auch Albrecht 2006a).

Politische Diskurse im Internet stellen somit einerseits eine neue Form der Kommunikation dar, die bisher nicht beobachtbar war. Zum anderen aber spiegeln sie typische Muster der Kommunikation im politischen Feld wider, wie die Forschungen zu den begrenzten Effekten des

sie online oder offline durchgeführt werden (Iyengar et al. 2003: 18, vgl. auch Cappella et al. 2002).

Internets auf die politische Kommunikation gezeigt haben. Daher gehen wir davon aus, dass die im Internet beobachtbaren Diskurse uns einen Einblick erlauben in die Form von Kommunikation, die auf der Medium-Ebene des politischen Systems ablaufen würde, wenn es denn die entsprechenden kommunikativen Kanäle gäbe. Wir sehen die Internet-Diskurse als Musterbeispiele für Diskurse im Allgemeinen, die sich nicht auf einzelne Interaktionssituationen herunterbrechen lassen, die aber auch nicht unbedingt die Ebene der Gesamtgesellschaft tangieren.

Gerade in heutigen fragmentierten Gesellschaften ist nicht davon auszugehen, dass ein Diskurs tatsächlich gesellschaftsübergreifend sein könnte (vgl. Chambers 1995: 249f.). Selbst die wenigen Fälle von gesellschaftsweiter Relevanz werden in den Massenmedien nur stellvertretend diskutiert (z. B. in Talkshows, vgl. Schultz 2006), wie auch der spezielle Fall von parlamentarischen Diskussionen eine Stellvertreter-Diskussion darstellt (im positiven Sinn des Wortes als repräsentativer Diskurs und ungeachtet der Tatsache, dass diese Stellvertreter-Diskurse heute meist medial inszeniert erscheinen, also die Massenmedien ihr Diskurs-Modell auch auf den Kern des politischen Systems übertragen konnten). Daher bilden die Internet-Diskurse im Kern eine Form von Kommunikation ab, die von verschiedenen Theorien angedacht ist, aber empirisch nie ganz eingeholt werden konnte, weil sie sich vor den Zeiten internetgestützter Kommunikation nur näherungsweise, als Verkettung von Interaktionssituationen oder als massenmedial verzerrter Diskursausschnitt, beobachten ließ.

Habermas selbst steht, wie bereits erwähnt, den Entwicklungen im Internet eher skeptisch gegenüber, was die Entstehung von gesellschaftsübergreifenden Diskursen angeht. Seine Theorie der Öffentlichkeit beruht stark auf massenmedialen Verhältnissen, dem öffentlichen Diskurs scheint dabei die vermittelnde Rolle zwischen der Lebenswelt, dem System der Politik sowie dem System der Massenmedien zuzukommen. Allerdings bleibt der Kern von Habermas' Sicht auf die politische Bedeutung öffentlicher Diskurse, wie er ihn im Schlusskapitel der »Theorie des kommunikativen Handelns« entwickelt, auch in den späteren Arbeiten zum Recht und zum politischen System erhalten. Die Massenmedien sind aus dieser Sicht nichts wesentlich Anderes als generalisierte Formen einer im Grunde lebensweltlich verankerten Kommunikation; sie hierarchisieren Kommunikation zwar und wirken dadurch autoritär auf sie ein, gleichzeitig entschränken sie Kommunikation aber auch und steigern ihr emanzipatorisches Potential, indem sie die Reichweite von Mitteilungen erhöhen und dadurch auch die Widerspruchsmöglichkeiten erhöhen (vgl. Habermas 1981b: 573).

In den späteren Arbeiten hält Habermas an dieser Vorstellung mit seinem Begriff einer Öffentlichkeit fest, die sich weder als Organisation noch als System fassen lässt (Habermas 1992a: 435f., 452), sondern vielmehr zu einer begrifflichen Verortung im Rahmen der Gesellschaftstheorie aufruft. »Die Öffentlichkeit lässt sich am ehesten als ein Netzwerk für die Kommunikation von Inhalten und Stellungnahmen, also von *Meinungen* beschreiben; dabei werden die Kommunikationsflüsse so gefiltert und synthetisiert, dass sie sich zu themenspezifisch gebündelten *öffentlichen* Meinungen verdichten« (Habermas 1992a: 436, Hervorh. im Orig.).

Dieser Netzwerkgedanke wiederum, den Habermas an anderer Stelle auch als *einen* »radial in alle Richtungen ausgreifenden und kontinuierlich fortgeschriebenen Text >der< Öffentlichkeit« fasst (Habermas 1992a: 452) und der zu der Kritik beigetragen hat, er orientiere sich zu stark an der Oralität des Gesprächs (Thompson 1995: 131; Wenzel 2001: 63), wird durch die technischen Möglichkeiten des Internets in zuvor nicht gekannter Weise unterstützt. Betrachtet man z. B. Diskussionen in politischen Weblogs, so weisen diese eine Struktur auf, die einzelne Orte öffentlicher Diskussion (Ausgangsbeitrag und Kommentare auf einem Blog) überspannt und in einen Dialog miteinander setzt (durch Hyperlinks auf Quellen und andere Blogbeiträge sowie durch Rückverweise in Form sogenannter »Trackbacks«) und auf diese Weise den übergreifenden »Text« der Öffentlichkeit realisiert (Albrecht et al. 2008). Ähnliches gilt für Online-Foren wie die in dieser Arbeit betrachteten, die eine Integration ganz unterschiedlicher Themen sowie Akteure und Gruppierungen in einem geteilten sozialen Raum (der Online-Plattform) bei offener zeitlicher Ausdehnung erlauben.

Das entscheidende Merkmal, das aus den einzelnen Beiträgen und Diskussionen den übergreifenden Diskurs entstehen lässt, ist dabei die Anschlussfähigkeit von Mitteilungen aneinander. Sie wird durch die Abbildung von Beiträgen auf Webseiten sowie die Möglichkeit, durch Hyperlinks oder die von einem Forensystem bereitgehaltenen Funktionen an bestehende Beiträge anzuschließen, unterstützt. Zumindest potentiell²³ ist die Form von gesellschaftsübergreifendem, öffentlichem Dis-

23 Denn hier soll in keiner Weise einem Technikdeterminismus das Wort geredet werden, nach dem die technischen Eigenschaften des Internets bereits etwas über die Form der politischen Kommunikation aussagen würden (vgl. Schönberger 2000). Allerdings ist es im Fall von öffentlichen Diskursen so, dass bestimmte Formen von diskursiver Kommunikation ohne die technischen Möglichkeiten des Internets nicht möglich sind, und sich insofern erst durch die Verfügbarkeit von entsprechenden Daten aus Online-Deliberationen empirisch untersuchen lässt, unter welchen Bedingungen welche Formen der Kommunikation entstehen.

kurs im Internet also zu finden, weshalb wir in dieser Studie Online-Diskussionen methodisch auch als »critical case« für die Diskurstheorie betrachten wollen, also als einen Fall, bei dem die Propositionen der Theorie erfüllt sind und der sich daher besonders gut dazu eignet, »to determine whether a theory's propositions are correct or whether some alternative set of explanations might be more relevant« (Yin 2003: 40).²⁴

Als Beleg für die Relevanz von Online-Diskussionen für Fragen der Diskurstheorie kann ein Vorhaben der Aktion Mensch dienen, das im Frühling des Jahres 2006 begonnen wurde und den aus soziologischer Sicht hintersinnigen Namen »Die Gesellschafter« trägt.²⁵ Es handelt sich dabei um ein Diskussionsforum im Internet, in dem Bürger unter Betreuung durch Moderatoren ihre Vorstellungen, Wünsche und Ideen für die zukünftige gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland öffentlich äußern und mit anderen Teilnehmern diskutieren können (Hampel 2006). Die übergreifende Fragestellung, die auch den Untertitel der Diskussion bildet, lautet ganz allgemein: »In was für einer Gesellschaft wollen wir leben?« (Aktion Mensch 2006a).

Die Intention der Aktion Mensch als Organisatorin der Diskussionsplattform war, das Nachdenken über soziale und politische Fragen in der gesamten Gesellschaft zu fördern und die Zivilgesellschaft zu aktiver Beteiligung an Diskussionen zu bringen, die sonst nur im engeren Kern des politischen Systems geführt werden. Zivilgesellschaftliche Gruppen umfassen dabei organisierte soziale Gruppierungen wie Kirchen, Interessensgruppen und andere soziale engagierte Vereinigungen ebenso wie den einzelnen Bürger. Um eine breite Teilnehmerschaft zu erreichen, wurde das Forum intensiv beworben, u. a. in Zeitungsanzeigen, Kino- und TV-Spots. Um die Teilnehmer tatsächlich zu einer Diskussion miteinander zu bringen und dabei auch die politisch Verantwortlichen einzubinden, wurde die Diskussionsplattform mehrstufig gestaltet, so dass Teilnehmer entweder nur ihre Meinung äußern, aufeinander kommentierend Bezug nehmen oder aber als Experten zu bereits geäußerten Fragen Stellung nehmen konnten, um nur einige der Möglichkeiten zu erwähnen.

Die Resonanz war beeindruckend. Bereits nach einem halben Jahr Laufzeit des Diskussionsforums hatten sich nach Angaben der Organisationen 600.000 Menschen beteiligt (Aktion Mensch 2006b). Die Bedeutung dieses Projektes ergibt sich nicht allein aus der Investition, die von Seiten der Aktion Mensch, aber auch durch die vielen anderen Organisa-

24 Vgl. ähnlich auch Haug und Teune (2006), die Deliberationen in sozialen Bewegungen als »critical case« für die Diskurstheorie heranziehen.

25 Vgl. <http://www.dieGesellschafter.de> (Stand: 11. Juli 2007).

tionen und einzelne Prominente, Wissenschaftler und Künstler, die das Projekt durch Beiträge und Mitarbeit unterstützen, in die Förderung eines solchen gesellschaftsweiten Diskurses gesteckt wurde. Sie ergibt sich auch aus der Tatsache, dass eine Diskussion mit einer vergleichbaren Teilnehmerzahl ohne die technische Unterstützung durch ein Medium wie das Internet schlicht nicht vorstellbar wäre. Weder persönliche Diskussionen im engeren sozialen Bezugskreis noch Versammlungsöffentlichen könnten – da sie Kopräsenz und eine hohes Maß an raumzeitlicher Koordination voraussetzen – eine so große Zahl von Teilnehmern miteinander ins Gespräch bringen.²⁶ Die Massenmedien als dritte Ebene öffentlicher Kommunikation werden zwar häufig als Ort für gesellschaftsweite Diskurse ins Feld geführt (Gerhards/Neidhardt 1990, Habermas 2006b), ebenso oft jedoch kritisiert für ihre mangelnde Eignung zur reflektierten Auseinandersetzung, wie sie zur Bildung einer »considered public opinion«, der wesentlichen Leistung eines politischen Diskurses, nötig ist (vgl. Schultz 2000: 205f.).

Eingrenzung des Untersuchungsgegenstands

Der öffentliche Diskurs im Internet findet also statt, und zwar in Formen, die bezüglich der Teilnehmerzahlen noch über die Großgruppe hinausgehen. Es ist nun an der soziologischen Theorie, ihn auch auf der Ebene der theoretischen Beschreibung einzuholen und ein Instrumentarium zu entwickeln, das diese Art von Kommunikationsprozessen in ihrer allgemein diskursiven Form zu beschreiben erlaubt.

Dazu untersucht die vorliegende Studie neun Fallbeispiele von Online-Diskussionen aus den Jahren 2001 bis 2004 auf ihre kommunikativen Merkmale und Dynamiken sowie ihren deliberativen Charakter. Alle diese Fälle wurden von politischen Institutionen initiiert, wobei ein mehr oder weniger eingegrenzter Themenrahmen vorgegeben wurde. Es handelt sich also nicht um spontan emergierende Diskussionen, wie sie un-

26 Für ein ähnliches Beispiel in den USA vgl. Beierle (2002, 2003). Allerdings zeigt ein weiteres Beispiel, die Diskussion »Listening to the City« aus dem Jahr 2002 mit über 4.300 Teilnehmern in New York, dass sich auch unter Bedingungen von Kopräsenz mit einer entsprechenden Organisationsform Massen-Diskussionsveranstaltungen durchführen lassen. Die absolute und welthistorische Besonderheit des Ereignisses, das damals den Anlass zur Diskussion gab, nämlich der Terrorangriffe auf das World Trade Center vom 11. September 2001, macht allerdings deutlich, dass sowohl bezüglich des vertretbaren organisatorischen Aufwands als auch hinsichtlich des Interesses und der Involviertheit der Teilnehmer außergewöhnliche Umstände vorlagen.

ter dem Begriff »political talk« untersucht werden, sondern vielmehr um »government sponsored deliberation« (Baiocchi 2003: 53; Wright 2006) bzw. »third party sponsored deliberation« (in den Fällen, in denen nicht staatliche Institutionen die Initiatoren waren).

Allerdings war in allen beobachteten Fällen die Anbindung an den politischen Entscheidungsprozess nur loser Art, etwa indem als Ergebnis Empfehlungen formuliert, nicht aber verbindliche Entscheidungen getroffen wurden, wie sie in der politikwissenschaftlichen Forschung zu Deliberation meist im Vordergrund stehen (vgl. Levine et al. 2005: 280). Erst diese relative Distanz zu den institutionalisierten Formen der Politik gibt den Blick frei auf öffentliche Diskurse mit einem hohen Inklusionspotential, im Gegensatz zu den formalen und exklusiven Deliberationen von Institutionen wie der Legislativen oder den amerikanischen »citizen juries«.

Mit dem Fokus auf webbasierte Diskussionsforen soll nicht beansprucht werden, Aussagen über das Forschungsgebiet Internet und Demokratie im Ganzen treffen zu können, wie von Agre mit Blick auf andere empirische Studien kritisiert (Agre 2002: 311). Einer solchen Verallgemeinerung der Ergebnisse steht schon die ausgeprägte Spezifität der Kommunikation in Abhängigkeit der jeweiligen Internetdienste entgegen, deren Berücksichtigung von uns an anderer Stelle eingefordert wurde (Albrecht et al. 2008). Vielmehr soll es darum gehen, einen zentralen Mechanismus demokratischer Prozesse, die öffentliche Kommunikation in Diskursen, am Beispiel von Online-Foren empirisch verfügbar zu machen und zu untersuchen.

Eine Relevanz für das weitere Feld der Demokratietheorie ergibt sich aus einer solchen Studie allerdings insofern, als der diskursiven Kommunikation in der normativen Theorie, aber auch – wie zu Beginn dieser Einleitung deutlich wurde – in einer steigenden Zahl von zeitdiagnostischen Untersuchungen, große Bedeutung für die Konstitution sowie die Praxis demokratischer Verfahren eingeräumt wird. Gerade weil sich an sie so hochgespannte Erwartungen knüpfen, erscheint es nötig, die theoretische Beschreibung diskursiver Kommunikation einer kritischen Betrachtung zu unterziehen.

Der empirischen Untersuchung geht eine eingehende Darstellung der Bedeutung und Rolle voraus, die die normative Diskurstheorie dem deliberativen Diskurs im politischen Prozess zuweist, sowie der theoretischen Annahmen über die kommunikativen Bedingungen und Formen von Diskursen. Dabei bleibt die Theoriediskussion zunächst auf das Habermas'sche Modell deliberativer Demokratie beschränkt. Insbesondere finden andere Auffassungen von Diskursanalyse keine Berücksichtigung, die Diskurse als historisch spezifische Konstellationen von Wis-

sensordnungen verstehen (wie die durch Foucault begründete Tradition der Diskurstheorie, vgl. Keller 2001; Bublitz 2003) oder Diskurse zwar ebenfalls konkretistisch, jedoch allein aus der Perspektive der Sprachforschung untersuchen (dazu zählen vor allem konversationsanalytische Untersuchungen sowie die sogenannte »critical discourse analysis«, vgl. einführend Titscher et al. 1998: 178ff.).

Die Erkenntnisse dieser Forschungsrichtungen finden allerdings Eingang in die abschließende Diskussion der empirischen Ergebnisse, die weniger den Charakter einer Zusammenfassung hat, sondern vielmehr den Versuch einer Interpretation der Ergebnisse im Interesse einer Kritik und Weiterentwicklung des durch die Fragestellung dieser Arbeit bezeichneten Kerns der normativen Diskurstheorie unternimmt. Zwar stellt Hüller in einer kürzlich erschienenen Rezension zum Stand der Deliberationsforschung fest, die empirische Untersuchung von Deliberation im politischen Prozess sei »wohl für jeden Forscher ein tiefer Morast – aus dem man erwartungsgemäß nicht mit weißer Weste (sprich: kritiklos) herauswaten wird« (Hüller 2007: 154), weil sie neben der politikwissenschaftlichen Forschung auch die Kommunikations- bzw. Sprachanalyse sowie die Auseinandersetzung mit den philosophischen Theorien umfasse. Die vorliegende Studie, die diese Aufgabe mit einer spezifisch soziologischen Forschungsperspektive angeht, ist dennoch guter Hoffnung, nicht im interdisziplinären »Morast« steckenzubleiben. Allerdings, das sei angemerkt, geht es der Studie auch gar nicht um die Erhaltung einer »weißen Weste«. Im Gegenteil, die Kritik soll sowohl in Bezug auf die untersuchten Theorien gesucht werden als auch in Bezug auf die eigenen Thesen herausgefordert werden, um durch den wissenschaftlichen Diskurs die Theorie deliberativer Demokratie voranzubringen.